

Sigmar Gabriel  
SPD-Parteivorsitzender

Dr. Frank-Walter Steinmeier  
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Stand: 6. Juni 2011

Die Energiewende verlässlich gestalten:

## **Wettbewerbsfähige Strompreise für Industrie und Mittelstand.**

Deutschland muss Industrieland bleiben. Kaum jemand in der Politik, der diesen Satz noch nicht ausgesprochen hat. Und doch wird über die Bedingungen von wirtschaftlichem Erfolg, Arbeitsplätzen und Wachstum in der deutschen Industrie und dem verarbeiteten Gewerbe in unserem Land – und vor allem in der Politik und in der Öffentlichkeit – zu wenig geredet. Und noch weniger getan. **Vor allem in der Energiepolitik befindet sich die Bundesregierung von CDU/CSU und FDP im industriepolitischen Blindflug!**

Über viele Jahre wurde die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft in der politischen Debatte vor allem an der Höhe der Lohnkosten, der Steuer und der Sozialabgaben orientiert. Möglichst niedrige Arbeitskosten und Steuern sollten diese Wettbewerbsfähigkeit sichern und ausbauen. In Wahrheit sicherten Innovationskraft und eine stetig steigende Produktivität den Erfolg dieses deutschen Wirtschaftszweiges und machen Deutschland bis heute zum „Exportweltmeister“. Heute beträgt der Arbeitskostenanteil in der deutschen Industrie und im verarbeiteten Gewerbe im Durchschnitt nur noch 20 Prozent und weniger. Der Kostenanteil für Energie, Rohstoffe und Material allerdings bereits über 40 Prozent! Eine wachsende Weltbevölkerung und steigende Industrialisierung erzeugt einen ungeheuer gestiegenen Nachfragedruck auf die dafür notwendigen – aber begrenzten – natürlichen Ressourcen. Die Folge sind steigende Preise.

Dies ist für eine rohstoffarme Volkswirtschaft wie die deutsche eine enorme Herausforderung. Umso mehr als andere Wettbewerber auf den internationalen Märkten bereit sind, ihre Rohstoffversorgung weder an ökologische, soziale oder friedliche Bedingungen zu knüpfen noch auf die staatliche Subventionierung dieser Rohstoffe zu verzichten.

### **Energie- und Rohstoffpreise entscheiden über Wettbewerbsfähigkeit.**

Wer also in Zukunft über den Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland und seine Exportstärke spricht, der darf nicht länger den Abbau von gut bezahlten Arbeitsplätzen als Allheilmittel für die internationale Wettbewerbsfähigkeit propagieren, sondern muss die Energie- und Rohstoffabhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft reduzieren. **Im internationalen Wettbewerb der Standorte wird nicht mehr ein Lohnkosten- und Steuerindex den Ausschlag geben, sondern vielmehr die Frage, wieviel Energie pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts in einem Land verbraucht wird – und wie teuer diese Energie ist!**

Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit am Exportstandort Deutschland wird also vor allem durch eine drastische und kontinuierliche Steigerung der Energie- und Rohstoffeffizienz geschehen müssen und durch den Umstieg auf erneuerbare Rohstoffe und Materialien – nicht nur in der Energieversorgung. Investitionen in Forschung und Technologie sind dafür die wichtigsten Instrumente.

Mindestens ebenso muss eine verantwortliche Politik allerdings auch dafür sorgen, dass nationale Entscheidungen die Preise für Energie- und Rohstoffversorgung in der Industrie und im produzierenden Gewerbe nicht zusätzlich antreibt. **Das gilt ausdrücklich auch für die Energiewende** und den damit verbundenen ebenso richtigen und wie auch möglichen Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie zur Stromerzeugung innerhalb der kommenden 10 Jahre. Die gilt vor allem dort, wo die Grenzen zur Energie- oder CO<sub>2</sub> Einsparung bereits physikalisch erreicht ist (z.B. in der energieintensiven Stahlindustrie).

### **Die Energiewende: Volkswirtschaftliche Kosten sinken - Strompreise steigen.**

Bezüglich der Stromkostenentwicklung bis zum Jahr 2020 besteht große Unsicherheit, da dann rund 100.000 MW „fluktuiierende“ (also nicht stetige) Leistung aus Photovoltaik und Windenergie im System haben werden. Wie sich dies auf den konventionellen Kraftwerkspark und die Strompreise auswirkt, kann heute noch niemand seriös abschätzen. Dies verunsichert die Industrie sehr. Die denkbaren preistreibenden Faktoren allerdings sind klar:

- Auf absehbare Zeit benötigt der Ausbau erneuerbare Energien aber auch der Kraft-Wärme-Koppelung eine erhöhte Förderung, die bislang über den Strompreis erfolgt. Die 500 besonders energieintensiven Unternehmen der Industrie sind dabei zwar von der EEG-Umlage weitgehend befreit, viele andere Betriebe der Industrie und des produzierenden Gewerbes jedoch nicht, obwohl auch für sie die Energiekosten inzwischen einen erheblichen Wettbewerbsfaktor darstellen.
- Der Ausbau der erneuerbaren Energien erfordert – anders als konventionell oder nuklear erzeugter Strom – außerdem zusätzliche Investitionen in die Peripherie der Erzeugungsstrukturen. Es ist eine große technologische aber auch finanzielle Herausforderung dieser auf absehbare Zeit fluktuiierenden Energieerzeugung für Speicher, die Stabilität der Netze und auch ausreichend fossile Regelenergie zu sorgen. Bis 2020 werden dafür Milliarden Investitionen erforderlich sein, die über steigende Netznutzungsentgelte – also über den Strompreis – zu refinanzieren sind.
- Die Schwankungen am Gasmarkt und die tendenziell steigende international steigende Nachfrage nach Gas können auch zu Verteuerungen der Stromproduktion im Zusammenhang mit dem jetzt dringend nötigen Zubau an Gaskraftwerkskapazitäten führen.

Dagegen stehen – neben der ökologischen Sicherheit der Energieproduktion - natürlich die volkswirtschaftlichen „Einnahmen“ der Energiewende: Hunderttausende neuer und qualifizierter Arbeitsplätze (bereits jetzt sind es 400.000; bis 2020 vermutlich deutlich mehr als 600.000) und die Einsparung gewaltiger Folgekosten der Umweltzerstörung durch den Klimawandel oder die

Nachsorge für atomare Abfälle. Diese positiven gesamtgesellschaftlichen Folgen sind eine ausreichende Begründung der Energiewende und in jedem Fall auch preiswerter als ihre Kosten.

### **Bundesregierung ignoriert Industrie und produzierendes Gewerbe.**

Und trotzdem: die betriebswirtschaftlichen Folgen steigender Strompreise darf nicht einfach missachtet werden, sondern erfordern klare politische Entscheidungen, um den Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland auf Erfolgskurs zu halten. Vor allem anderen sind dafür Planbarkeit und Berechenbarkeit sind die zentralen Voraussetzungen. Die Bundesregierung von CDU/CSU und FDP – und allen voran die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel – ignoriert all das bei ihrer Energiepolitik. **Wer innerhalb von wenigen Monaten die zentralen Rahmenbedingungen der Energiepolitik um jeweils 180 Grad wendet, verunsichert Wirtschaft, Industrie und Verbraucher in einer bislang nie gekannten Art und sorgt vor allem für steigende Kosten und Preise!** Denn ein schrittweiser und langfristig geplanter und planbarer Ausstieg aus der Atomenergie – wie von SPD und Grünen 2002 im Konsens mit der Energiewirtschaft beschlossen – wäre nicht zuletzt auch wesentlich preiswerter gewesen!

### **Die Unterschätzung industrieller Produktion hat Tradition.**

Neben dieser weltweiten ökonomischen Herausforderung einer wachsenden Industrialisierung gibt es auch eine weitere nationale Herausforderung für den Industriestandort Deutschland:

- Die Abnahme der direkten Beschäftigung in der Industrie und im produzierenden Gewerbe verdrängt die Notwendigkeit aus dem öffentlichen und politischen Bewusstsein, für sichere und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen dieses Sektors zu sorgen. Die Bereitschaft die notwendige Infrastruktur – und ihre unzweifelhaften Belastungen und Risiken - eines erfolgreichen Industrie- und Wirtschaftsstandortes zu tragen, ist in den letzten Jahren dramatisch gesunken.

Industrie und produzierendes Gewerbe gilt für viele – auch für viele Verantwortliche in der Politik und in den Medien – nicht mehr als Grundlage für den Wohlstand unserer Gesellschaft. Ein Teil des Widerstands gegen fast jede Form von Infrastrukturprojekten – Pipelines, Kraftwerke gleich welcher Art, UMTS-Masten, Schienenverkehrsstrecken ebenso wie Autobahnen u.a.m. – resultiert aus dieser Entwicklung.

**Und letztlich ist die absolute Ignoranz der aktuellen Bundesregierung gegenüber den Bedürfnissen der Wirtschaft nach Planbarkeit und Berechenbarkeit der Energiepolitik nichts anderes als der Ausdruck einer ungeheuren Geringschätzung von Industrie und produzierendem Gewerbe für den Wirtschaftsstandort Deutschland.** Das Fehlen jeglicher Industriepolitik und das ungebrochene Verlassen auf die „Rationalität der Märkte“ ist der entscheidende ordnungspolitische Konstruktionsfehler der Bundesregierung von CDU/CSU und FDP!

Dabei ist der Trugschluss offensichtlich: Industrie und produzierendes Gewerbe liefern nicht nur in erheblichem Umfang staatliche Steuereinnahmen und Sozialabgaben und bilden damit eine unverzichtbare Grundlage für den vergleichsweise hohen sozialen, kulturellen und ökologischen Standard sowie die Finanzierung des öffentlichen Dienstes. Vor allem wären auch weite Teile der Dienstleistungswirtschaft oder von Forschung und Entwicklung ohne eine starke industrielle Produktion in Deutschland schlicht nicht vorhanden.

Erst vor wenigen Jahren hatte das Aufkommen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im Zusammenspiel mit dem Anwachsen der weltweiten Finanz- und Kapitalmärkte eine wirtschaftspolitische Irrlehre hervorgebracht: die Unterscheidung zwischen der sogenannten „old“ und der „new“ economy. Nur noch Investitionen in die IT-Wirtschaft und in Finanzdienstleistungen galten bei den Youngstern der Marktanalysten als „modern“ und erfolgsträchtig. Stahl, Chemie, Rohstoffproduktion, Automobil, Maschinenbau oder Elektrotechnik dagegen sollten ihre Zukunft nur noch in den Niedriglohnländern Asiens sehen. Deutschland und Europa hatten danach als Produktionsstandorte ausgedient. Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen sollten bei uns die Zukunft bestimmen.

Die Folgen für diejenigen, die dieser Irrlehre gefolgt sind – z.B. Großbritannien – sind bekannt. Deutschland ist diesem Weg nicht gefolgt und hat mit einer SPD geführten Bundesregierung in den Jahren 1998 bis 2005 und danach in der Großen Koalition immer darauf geachtet, auch ein wettbewerbsfähiger Produktionsstandort zu sein und zu bleiben. Das ist der eigentliche Grund, warum unser Land besser und schneller aus der Finanzkrise hervorgegangen ist als fast alle anderen Länder der Welt!

Aktuell besteht die Gefahr, dass sich die beschriebene Irrlehre mit neuen Begriffen wiederholt. Diesmal ist es die „green economy“, der scheinbar die alleinige Zukunft gehört: im Kern also ressourcen- und umweltschonende Technologien. Erneut wird unterschätzt, welche Bedeutung die klassischen deutschen Industrietraditionen für den Erfolg dieser „green Technology“ haben: kein modernes Windrad ohne eine wettbewerbsfähige Stahl- und Kunststoffproduktion und Maschinenbau. Keine Photovoltaik ohne Elektrotechnik und Nanotechnologie. Und kein umweltschonendes und CO<sub>2</sub> freies Auto ohne eine wettbewerbsfähige und innovative Automobilindustrie. Anders ausgedrückt: wer die Elektromobilität will, darf nicht nur in Forschung investieren, sondern muss auch das Ziel haben die Batterieproduktion zurück nach Deutschland zu holen.

Weder geht es um „new“ oder „old“ noch um „green“ oder „black“ economy, sondern immer um die „next economy“. Wir werden die gewaltigen Probleme einer weltweiten Industriegesellschaft nur mit den Instrumenten der Industriegesellschaften lösen. Und dafür hat Deutschland mehr anzubieten als jedes andere Land der Welt.

**Wir entscheiden deshalb im Rahmen der Energiewende jetzt auch darüber, ob wir ein neues Erfolgskapitel in der Industriegeschichte unseres Landes schreiben, oder ein Kapitel der De-Industrialisierung beginnen.**

## **Die Zukunft des Industriestandorts Deutschland sichern: Forderungen zur Energiewende.**

Um nach den hektischen Richtungswechseln in der Energiepolitik durch CDU/CSU und FDP wieder für Planbarkeit und Berechenbarkeit zu sorgen, benötigen wir im Rahmen der Energiewende:

1. **Investitionsförderung für den schnellen Bau von Kraftwerkskapazitäten.** Neben der Steigerung der Versorgungssicherheit wirken diese Erzeugungskapazitäten auch preisdämpfend. Um diese preisdämpfende Wirkung durch mehr Wettbewerb am Strommarkt zu verstärken, sollten die Förderprogramme vor allem kleinen und mittelständischen Produzenten wie Stadtwerken und Genossenschaften zur Verfügung stehen.
2. Einführung eines unabhängigen „**industriepolitischen Monitoring**“ der Kosten der Energiewende, um kontinuierliche die Strom- und Energiepreisentwicklung für Industrie und produzierendes Gewerbe zu kontrollieren. Im Rahmen dieses Monitoring jährliche Überprüfung der Kostenbelastungen aus dem EEG und der KWK-Umlage für Industrie und das produzierende Gewerbe.
3. **Verringerung der Netznutzungsentgelte** für die energieintensive Industrie durch Nutzung der Leistungen der energieintensiven Industrie für die Netzstabilität und das Lastmanagement im Elektrizitätsnetz.
4. **Förderung von Investitionsprogrammen** für die Energieeinsparung und die Steigerung der Energieeffizienz in der Industrie und im produzierenden Gewerbe durch den Bundeshaushalt. Von besonderer Bedeutung ist hier die Ausweitung der industriellen Nutzung der Kraft-Wärme-Koppelung.
5. Gegebenenfalls **Überprüfung und Anpassung der Befreiung von der EEG- und der KWK-Umlage und der Stromsteuer** für Industrie und produzierendes Gewerbe im Rahmen des industriepolitischen Energiemonitorings.
6. Durchsetzung der bereits 2008 in der Großen Koalition beschlossenen **Befreiung von direkten und indirekten Kosten im europäischen Emissionshandels** („Carbon Leakage“) für die energieintensive Industrie solange keine vergleichbaren internationalen Wettbewerbsbedingungen existieren.

**Die Bundesregierung muss ihren industriepolitischen Blindflug in der Energiepolitik beenden.** Zu einem Energiekonsens in Deutschland gehört mehr als die Entscheidung zur Beendigung der Atomenergie. Dazu gehört auch eine seriöse Kostenschätzung der o.g. Maßnahmen, um entsprechende Finanzmittel im Bundeshaushalt bereit zu stellen. Der Umbau der Energieversorgung in Deutschland wird Finanzmittel erfordern. **Unterstützung wird die Politik dauerhaft für diese Politik nur haben, wenn für notwendige Vorgaben und deren Kosten und auch die Belastungen der öffentlichen Haushalte nicht verschwiegen werden.** Die SPD wird sich dabei ihrer Verantwortung nicht entziehen, um Verbraucherpreise tragfähig und energieintensive Unternehmen konkurrenzfähig zu halten.